



0039/2016

27.4.2016

SCHRIFTLICHE ERKLÄRUNG

eingereicht gemäß Artikel 136 der Geschäftsordnung

zu den Kompetenzen in der Tourismusbranche

Claudia Tapardel (S&D), Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), Igor Šoltés (Verts/ALE), Alfred Sant (S&D), Antonio Tajani (PPE), Patricija Šulin (PPE), Merja Kyllönen (GUE/NL), Emilian Pavel (S&D), István Ujhelyi (S&D), Tomáš Zdechovský (PPE), Renaud Muselier (PPE), Silvia Costa (S&D), David Borrelli (EFDD)

Fristablauf: 27.7.2016

Schriftliche Erklärung gemäß Artikel 136 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments zu den Kompetenzen in der Tourismusbranche¹

1. Der Tourismus bietet Beschäftigung für 15,2 Millionen Europäer.
2. Viele Teilbereiche dieser Branche in der Union leiden an einem Mangel an persönlichen Kompetenzen und Kompetenzen in Betriebsführung.
3. Die Einstellung von Personal ist tendenziell dauerhaft schwierig, besonders wenn es um Kompetenzen auf hohem Anspruchsniveau geht. Deswegen werden Ausbildungsgänge benötigt, die zu Berufen im Tourismus hinführen, und zudem eine Kultur des sozialen Dialogs und des lebenslangen Lernens.
4. Die Kommission wird aufgefordert, der Fortentwicklung der Kompetenzen im Tourismusbereich höhere Priorität einzuräumen, indem sie eine Strategie zum Ausbau der Beschäftigung im Tourismus ausarbeitet und dafür sorgt, dass künftige Überarbeitungen der einschlägigen politischen Rahmen einen direkten Bezug zu der Verbesserung der Kompetenzen in dieser Branche haben.
5. Außerdem wird die Kommission aufgefordert, die Einrichtung einer europäischen Akademie in Betracht ziehen, in der Arbeitskräfte der Tourismusbranche berufliche Bildung erhalten, und eine intensivere Inanspruchnahme bestehender Programme wie Erasmus+ zu begünstigen, um Mobilität und Weitergabe von Kompetenzen im Tourismus zu fördern.
6. Diese Erklärung wird mit den Namen der Unterzeichner dem Rat und der Kommission übermittelt.

¹ Gemäß Artikel 136 Absätze 4 und 5 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments wird die Erklärung, wenn sie die Unterschriften der Mehrheit der Mitglieder des Parlaments erhalten hat, mit den Namen der Unterzeichner im Protokoll veröffentlicht und an die Adressaten übermittelt, ist für das Parlament aber nicht bindend.